

Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 36 mm breite Zeile kostet 0,35 R.-M., für auswärts 0,40 R.-M., die Restzeile für 10 Zeilen an redaktionellen Tagen 20 mm breit kostet 2 R.-M., für auswärts 2,50 R.-M., abzüglich 5% Kistenrabatt. — Die Briefgebühren für Buchbestellungen beträgt 0,30 R.-M. — Für Einzahlung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch Boten ins Haus monatlich 2,00 R.-M., Postbezug für den Monat 2,00 R.-M., einschließlich 0,45 R.-M. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Streubestellungen: Für die Woche 1,00 R.-M., Einzelnummer 10 R.-Pf., außerhalb Groß-Dresdens 15 R.-Pf.

Verlag und Druckerei: Dresden-N., Ferdinandstr. 4 • Postadresse: Dresden-N. 1, Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 14194, 20024, 27981-27983 • Telegr.: Neueste Dresden
Postfach: Dresden 2000 — Nichterlegte Einzahlungen ohne Rückporto werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Schließung oder Stillstand haben unsere Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Angebots

Nr. 42 / 40. Jahrgang

Mit der Beilage „Natur und Gesundheit“

Freitag, 19. Februar 1932

Umfassendes Abrüstungsprogramm Deutschlands

Japan setzt seine Operationen fort — Noch immer keine Einigung der Harzburger Opposition — Protest Memels

Republik Mandschurei

Der ehemalige Kaiser von China als Präsident auf Lebenszeit?

Sonderkabeldienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

London, 18. Februar. (Durch United Press) Die Unabhängigkeitserklärung für die Mandschurei ist veröffentlicht worden. Der Gehalt, der zu einer unabhängigen Republik gemacht wurde, umfasst die mandchurischen Gebiete von Ailin, Heilungjiang, Miao und Cherdin, ferner die Provinz Jehol im Norden des eigentlichen Chinas und einen Teil der Mandschurei.

Der Name des Präsidenten der neuen Republik ist noch nicht bekanntgegeben worden. An einigen Stellen heißt es, daß es der frühere chinesische Kaiser Puyi sei, dem man die Präsidentschaft auf Lebenszeit übertragen wolle. Wie erinnerlich, war bereits vor einiger Zeit der Versuch unternommen worden, Puyi zum Kaiser der Mandschurei zu erheben, doch hatte aus dem die Bemühungen hierzu nach kurzer Zeit wieder eingekeht.

Scharfe Sprache der „Times“ gegen Japan

Telegramm unfres Korrespondenten
RF. London, 18. Februar

Der bereits gemeldete Tod zweier englischer Soldaten bei den Wirren in Schanghai hat in weiten Kreisen Englands tiefe Erregung hervorgerufen. Es ist der erste Vorfall seit dem Beginn der japanisch-chinesischen Feindschaften, der die breitere englische Öffentlichkeit unmittelbar berührt. Die beiden Soldaten wurden zwar von einer chinesischen Granate getroffen, die Empörung der englischen Öffentlichkeit richtet sich aber vornehmlich gegen Japan, das die internationale Niederlassung als Kampfbasis benutzt und dadurch Leben und Eigentum aller andern Ausländer in Gefahr bringt.

Friedensverhandlungen in Schanghai aussichtslos?

Sonderkabeldienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

Schanghai, 18. Februar. (Durch United Press) Die Hoffnungen auf einen baldigen Friedensschluß zwischen Japanern und Chinesen an der Schanghaier Front, die man während der letzten zehn Tage heftig, schienen im Augenblick wieder sehr gering zu sein. Am Vormittag sprach der japanische Generalmajor Takiziro, der Stabschef des Generalstabes, begleitet von Mitgliedern der kaiserlichen Konsulate, beim chinesischen General Yamashiro vor und teilte ihm mündlich eine Reihe japanischer Forderungen mit. Diese Forderungen werden den chinesischen Behörden am Donnerstagabend schriftlich überreicht werden. In letzteren chinesischen Kreisen rechnet man damit, daß die schriftlichen Forderungen ein auf 24 Stunden befristetes Ultimatum enthalten werden.

Entgegen anderläufigen Meldungen ist die United Press in der Lage, mitzuteilen, daß bisher in Schanghai noch kein Ultimatum überreicht worden ist. Auch von Seiten der japanischen Regierung wurde, wie das Tokioter Büro der United Press meldet, erklärt, daß man wegen der noch schwebenden Friedensverhandlungen bisher kein Ultimatum überreicht hätte. Die japanischen Forderungen enthalten die Schaffung einer neutralen Zone nördlich der Fremdenniederlassung in Schanghai bis zum Meer. In diese Zone sollen beide Ufer des Wangpangflusses einbezogen werden. Ferner bestehen die Japaner auf Schließung der Wangpangflusses. Weiter wird, wie schon geteilt angekündigt wurde, der sofortige Rückzug der 18. chinesischen Division auf eine Linie, die

20 Kilometer von der Fremdenniederlassung entfernt ist, verlangt. Hier sollen die chinesischen Truppen bleiben, bis eine endgültige Einigung erzielt worden ist. Der japanische General Takiziro hat den Chinesen mitgeteilt, daß Japan bei einer Weigerung seine Forderungen mit Waffengewalt durchsetzen werde. Auf chinesischer Seite rechnet man auf Grund des japanischen Vorgehens nunmehr mit einem erfolglosen Abschluß der Friedensverhandlungen.

Das Vorgehen der Japaner hat dazu geführt, daß die Lokale der japanischen Kaisertruppen in Schanghai als neuen Friedensgebäude erklärt, an dem alle Helfer seit zehn Jahren in Genuß abgeben, und es hat einen Schatten über die Abrüstungskonferenz geworfen. Die japanische Nation gibt sich einer großen Täuschung hin, wenn sie glaubt, daß die gemäßigten Sprache der bisher in Tokio gemachten Proteste das letzte Wort des Völkerbundes und der Großmächte darstellt. Der Grund, weshalb bisher scharfe Aktionen gegen Japan geübt haben, liegt darin, daß die Sympathien der öffentlichen Meinung zwischen Japan und China geteilt waren. Der Terror, mit dem japanische Marine in Schanghai vorzugehen ist, hat die öffentliche Meinung mehr und mehr auf die Seite Chinas gedrängt. Der Völkerbund kann, wenn er eine geteilte öffentliche Meinung hinter sich hat, bedeutend wirksamer vorgehen als bisher.

Diese beinahe drohende Sprache der „Times“ soll u. a. dazu beitragen, daß die Japaner bei den heute stattfindenden Waffenstillstandsverhandlungen in Schanghai klar und deutlich erkennen, daß sie isoliert sind.

Die amerikanische Protestnote nicht abgehandelt

Sonderkabeldienst der Dresdner Neuesten Nachrichten
Washington, 18. Februar. (Durch United Press)

Der von amerikanischer Seite erwartete Protest gegen die japanische Benutzung der Internationalen Niederlassung in Schanghai als Operationsbasis scheint nunmehr in Frage gestellt zu sein. Wie aus amtlicher Quelle verlautet, hat Simson Japan noch keine solche Note überreicht. Auch hat das Staatsdepartement noch nicht einen solchen Schritt beschlossen. Man erklärt, Simson habe in seiner Unterredung mit Debuchi lediglich auf die Möglichkeit der Entsendung einer solchen Note hingewiesen. Es wird ausdrücklich hinzugefügt, daß in dieser Unterredung von einer Möglichkeit, nicht aber von einem Beschluß gesprochen wurde.

Nadolny überreicht die deutschen Vorschläge

Genf, 18. Februar. (Durch United Press) Auf der heutigen Tagung der Abrüstungskonferenz begründete Reichsminister Nadolny in längerer, eindrucksvoller Rede die deutschen Abrüstungsvorschläge und führte dabei u. a. an:

„Es lag vielleicht für Deutschland nahe, einfach die gesamten Bestimmungen über die Entwaffnung Deutschlands in einem Konventionentwurf zusammenzufassen

und als deutschen Gegenentwurf vorzulegen. Denn diese Art der Entwaffnung ist in mehreren Staaten seit einer Reihe von Jahren praktisch zur Anwendung gelangt und nach dem Willen derer, die sowohl diese Entwaffnung, als auch den Artikel 8 des Völkerbundes festgelegt haben, sollte die allgemeine Abrüstung einleiten.

Wir haben es vorgezogen, einen andern Weg zu wählen, denn wir wollen dazu beitragen, daß diese Konferenz zu einem positiven Ergebnis führt. So haben wir, ohne die Grundlage der Versäufel Bestimmungen zu verlassen, nur die Hauptgrundzüge dieser Bestimmungen vorgelegt, deren Anwendung für alle Staaten wir als möglich erachten. Außerdem haben wir noch Vorschläge hinzugefügt, die nach unserer Ansicht eine Abrüstung wirksam und nachhaltig machen können.“

Reichsminister Nadolny ging dann auf Sinn und Bedeutung der Vorschläge ein. „Wir sind hier“, führte er aus, „zusammengewonnen, um die allgemeine Abrüstung zu vereinbaren. Die Vereinbarung soll für uns alle gelten, also auch für Deutschland. Deutschland ist Mitglied des Völkerbundes, ist ausdrücklich als vollberechtigtes Mitglied in ihn aufgenommen worden. Für seine Leistungen hat darum in gleicher Weise wie für alle andern Mitglieder der Artikel 8 des Völkerbundes maßgebend zu sein. Die Konferenz wird sicherlich nicht annehmen wollen, daß ein Bundesmitglied andere Vorschriften Anwendung finden könnten, als die im Vorkriegszustand. Es fällt mir auch schwer, zu glauben, daß der Völkerbund einen Zustand weiterbestehen lassen sollte, bei dem ein Mitglied seines Landes, das sich mit seiner ganzen Stellung für die Zwecke des Bundes eingesetzt hat, auf einem der wichtigsten Tätigkeitsgebiete des Bundes einer besonderen Beschränkung unterliegt.“

Deutschland ist bereit, unter der Voraussetzung, daß die abzusprechende Konvention für alle die gleiche Bedeutung hat wie für alle andern Staaten, alles daranzusetzen, um die Annahme der Konferenz zu fördern. Deutschland ist auch bereit, gegenüber den andern Staaten das Bedürfnis nach ihrer nationalen Sicherheit jede Rücksicht zu nehmen.

Wegener kann und darf das Bedürfnis nach Sicherheit nicht die Abrüstung überhaupt verhindern, denn auch wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Sicherheit in erster Linie durch eine weitgehende all-

König Friedrich August schwer erkrankt

Sibyllenort, 18. Februar
König Friedrich August ist heute früh, unerwartet, schwer erkrankt. Der König, der noch vor kurzem eine Reise nach Berlin unternommen hatte und von dort im gleichen ungetriebenen Gesundheitszustand nach Sibyllenort zurückgekehrt war, hat infolge einer Gehirnhautentzündung erlitten, die von schweren Lähmungserscheinungen begleitet ist. Sein Zustand ist bedenklich. Der bekannte Breslauer Internist, Universitätsprofessor Dr. Erdelshaus, wurde an das Krankenlager berufen und verweilte dort längere Zeit mit seinem Assistenten. Der Zustand des Kranken hat sich bis heute mittag nicht geändert. Professor Dr. Erdelshaus wird heute nachmittag nochmals den König untersuchen. Sämtliche Angehörige sind telegraphisch benachrichtigt worden und zum Teil schon in Sibyllenort. Prinz Ernst, der jüngste Sohn des Königs, der von München im Flugzeug unterwegs ist, dürfte zur Stunde ebenfalls bereits in Sibyllenort eingetroffen sein. Der Zustand des Königs, der sich im 67. Lebensjahr befindet, wird in den ersten Nachmittagsstunden als ernst, aber nicht völlig hoffnungslos angesehen.

gemeinsam und daher möglichst gleich wirkende Abrüstung gewährleistet ist. Wer nur kleine Kanonen hat, kann nicht mit großen schießen, und wer nicht einmal einen Revolver besitzt, kann überhaupt nicht schießen. Das ist eine einfache Logik. Und nun zum Schluß: Es ist hier zum Ausdruck gebracht worden, daß diese Konferenz keine Friedenskonferenz sei. Ich kann mich dieser Ansicht nicht anschließen.

In unsern Augen ist sie eine Friedenskonferenz, und zwar deshalb, weil sie eine der wichtigsten Friedensgrundlagen beruhen und sichern soll, zu einer Zeit, in der die ganze Welt von einer noch nie dagewesenen Krise erschüttert wird. Wir hoffen und sind sogar überzeugt, daß es dem festen Willen aller hier versammelten Staatsmänner gelingen wird, auch in der vorliegenden Phase der Abrüstung die zweifelslos vorhandenen großen Gegensätze zu überbrücken und auf diese Weise

dem Friedensvertrag einen weiteren, die Schaffung einer friedlichen Atmosphäre fördernden Stachel zu nehmen, nämlich die Deklassierung hinsichtlich der Abrüstung.

Wir müssen eine Vereinbarung finden, die für die besonderen Verhältnisse eines jeden unter uns Raum läßt, aber die grundsätzlich so beschaffen ist, daß wir alle sie unterzeichnen können, und die allein die Magna Charta für den Stand unserer Rüstungen und damit für den Stand unserer Sicherheit ist. Der gute Wille Deutschlands wird dabei nicht fehlen.“

Der erste Eindruck

Franzosen: ablehnend — Italiener: günstige Aufnahme — Engländer: zurückhaltend
Telegramm unfres nach Genf entsandten Sonderkorrespondenten

Genf, 18. Februar
Da die Rede Nadolnys in französischer Sprache gehalten wurde, konnte man den Eindruck auf die Delegierten sehr rasch feststellen. Paul-Boncour erklärte, daß er sich nicht ermächtigt fühle, im Namen einer französischen Regierung zu sprechen, doch könne er rund herum sagen, daß die deutschen Vorschläge von französischer Seite im großen und ganzen als ein sehr beachtliches Dokument angesehen werden. Die Zurückweisung des Konventionentwurfs durch Deutschland bilde eine sehr ernste Angelegenheit, und es werde im Verlaufe der Abrüstungskonferenz wohl noch zu lebhaften Auseinandersetzungen über diese Frage kommen. Als „realistischer Mensch“ beschränkt Paul-Boncour die Forderung des Rechts von Festungsbauten zu offensiven Zwecken. Deutschland werde sich hier gegen den durch Frankreich aufgestellten Festungs-

gürtel, der eine durchaus defensive Bedeutung habe. Die Verteidigungsmassnahmen Frankreichs an der Grenze seien durchaus berechtigt und könnten auch durch die Tatsache der Vorkriegsverträge nicht entkräftet werden. Paul-Boncour gab jedenfalls seiner Zustimmung darüber Ausdruck, daß der Vorschlag Frankreichs zur Bewaffnung des Völkerbundes von Deutschland nicht von vornherein abgelehnt worden sei. Sehr freundlich war die Aufnahme bei den Italienern; die deutschen Vorschläge als ein „reichtliches Material“ betrachtet, das im Laufe der Rommmissionarbeit sehr nützliche Verwendung finden werde. Die Engländer verhielten sich sehr zurückhaltend. Besonderen Mellaß fandete der spanische Hauptdelegierte. Er äußerte sich nach der Rede sehr zufrieden und erklärte, er bewundere die mutigen deutschen Vorschläge.

fest
monnats
Herrn 2.30 M.
10. 4.30 Uhr

saßen
er Zeit

rn
2012

e
u. 2.

7/9

mationstr. 2
Schlachter
/ Lange Nacht

grotte
ge Nacht

so billig!

ammer
595.—

ammer
50.—

Altmarkt
50.—

Jedes
phon

erik

123